Gegen neue Verschleppung der Abrüstungsfrage.

Berlin, 20. Nov. In politischen Kreisen Berlins gibt man im Hinblick auf die bevorstehende Tagung der Abrüstungskommission der Befürchtung Ausdruck, daß die eigentliche Abrüstungsdebatte während dieser Tagung zugunsten der Verhandlungen über das während der Herbsttagung beschlossene Sicherheitskomitee in den Hintergrund gedrängt werden könnte. Es bestehen Anzeichen dafür, daß eine solche Taktik im Interesse der französischen Außenpolitik liegt, die darauf hinarbeitet, die bevorstehende Tagung so kurz zu halten, daß lediglich das Sicherheitskomitee eingesetzt und eine sachliche Abrüstungsdebatte kaum noch zustande kommen würde. Demgegenüber verweist man hier auf den während der Herbsttagung in Genf von deutscher Seite klar zum Ausdruck gekommenen Standpunkt, daß auch nach deutscher Ansicht gegen die Behandlung der Sicherheitsfrage nichts einzuwenden sei, daß aber die Abrüstungsfrage das A und O aller Verhandlungen zur Sicherung des Friedens sein müsse. Aus diesem Grunde hat denn auch, wie von unterrichteter Seite verlautet, der deutsche Delegationsführer für die Abrüstungsverhandlungen, Graf Bernstorff, an den Präsidenten der Vorbereitenden Abrüstungskommission London einen Brief gerichtet, in dem darauf hingewiesen wird, daß auf der bevorstehenden Tagung der Kommission genügend Zeit zu einer sachlichen Diskussion der ersten Lesung des Konventionsentwurfes garantiert werden müsse.

Der preußische Finanzminister über die Besoldungsreform.

Dortmund, 20. Nov. In einer vom Deutschen Beamtenbund einberufenen großen Beamten- und Lehrerversammlung ergriff der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff das Wort zu einem Vortrag über die Besoldungsregelung in Preußen und im Reiche. Er wies darauf hin, daß die Neuregelung als preußisches Gesetz bereits in den ersten Tagen des Dezember verkündet werden könne. Das Ziel der neuen Besoldungsordnung sei zunächst einmal gewesen, dem Gros der Beamten eine fühlbare Aufbesserung zu bringen und innerhalb der einzelnen Beamtenkategorien einen vernünftigen Aufstieg nach dem Dienstalter zu schaffen. Die Frage, ob die Besoldungsordnung beschränkt werden solle auf die Staatsbeamten und Lehrer, sei bei der Regierung eingehend erörtert worden, und man sei zu dem Entschluß gekommen, dem Landtag eine Formulierung vorzuschlagen, die dahingehe, Gemeinden und Gemeindeverbände im Sinne des kommenden Beamtengesetzes zu verpflichten, unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse die Dienstbezüge ihrer Beamten so zu regeln, daß deren Bezüge den Grundsätzen dieses Gesetzes entsprechen. Eine Verwaltungsreform mit einer Verminderung des Personals durchzuführen, hänge zum größten Teil ab von einer vernünftigen Neugliederung des Reiches, bei der starke Ersparungen gemacht werden könnten. Auf die Frage der Sonderzuschläge übergehend, sagte der Minister, die Reichsregierung plane einen gewissen Abbau dieser Zuschläge der aber vorsichtig und behutsam vor sich gehen müsse. Die preußische Staatsregierung habe sich von dem großen Ziele leiten lassen, daß die Besoldungsneuordnung eine staatspolitische Notwendigkeit sei, die sich im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten bewegen müsse.

Sie verklagt die halbe Welt!

Terminfrohe Flitterwochen.

Berlin, 20. Nov. „Die Welt am Montag" veröffentlicht eine Zuschrift, wonach die Prinzessin Viktoria von Schaumburg sich wenige Tage vor ihrer Hochzeit in Bonn entschlossen habe, einen ganzen Rattenkönig von Beleidigungsprozessen gegen die internationale Presse anzustrengen. Der Pariser Advokat Guillot sei beauftragt worden, gegen 20 französische Zeitungen und eine Anzahl amerikanischer Blätter die Klage anzustrengen, sowie das in Lodz erscheinende Blatt „Expreß" vor die Richter zu zitieren. Den Zeitungen werden hämische Kritiken über die Verlobung vorgeworfen. Herr Zubkow klagt seinerseits gegen französische Blätter, die seine angeblichen Memoiren veröffentlicht haben.

•

Dieser Entschluß der Schwester Wilhelm II. ist im Interesse unseres Vaterlandes außerordentlich zu bedauern. Sie zeigt damit, daß sie ebenso wenig Takt besitzt, wie der Herr von Doorn. Es ist immerhin nicht alltäglich, daß eine 60jährige Matrone einen 28jährigen jungen Mann heiratet. Rein menschlich beurteilt, nennt man so etwas geschmacklos. Gehört diese Matrone aber einer Gesellschaftsschicht an, auf die die Augen aller Welt gerichtet sind, so müßte sie ganz und gar auf derartige Extravaganzen verzichten. Die Hohenzollern betonten mit Vorliebe die sittlich-moralische Grundlage ihrer Familie. Man kann darüber zweifeln, ob die Heirat Wilhelm II., die Verbindung seiner liebestollen Schwester mit einem jungen Russen, nebst den anderen Eheskandalen der jüngsten Sprößlinge einer ehemals regierenden Familie würdig sind. Wenn Viktoria Zubkow geb. Hohenzollern glaubt, solche Dinge vor das Forum breitester Oeffentlichkeit ziehen zu müssen, indem sie ein halbes Hundert Zeitungen verklagt, so zeigt sie, daß Verständnis für natürliches Empfinden bei ihr nicht vorhanden ist. Das Ausland wird die Prozesse mit hämischer Freude verfolgen. (Anmerkung der Red.)

Tagung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei.

Braunschweig, 21. Nov. Die Tagung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei, zu der u. a. Reichsminister a. D. Dr. Scholz, Reichsminister Dr. Curtius, Geheimrat Prof. Dr. Kahl und zahlreiche Mitglieder der Länderregierungen und Parlamente, im ganzen über 300 stimmberechtigte Mitglieder des Zentralvorstandes erschienen sind, wurde heute vormittag von dem Parteivorsitzenden, Reichsaußenminister Dr. Stresemann, eröffnet. Der braunschweigische Landtagsabgeordnete Brandes hieß den Zentralvorstand mit herzlichen Worten in der Stadt Heinrich des Löwen willkommen. Dann nahm Reichstagsabg. Geheimrat Dr. Runkel das Wort zu seinem Vortrag über das Reichsschulgesetz.

In zwölf Tagen von Südwales nach London.

London, 20. Nov. Heute nachmittag traf die Delegation der arbeitslosen Südwalliser Bergarbeiter, die in zwölf Tagesmärschen, 260 Mann stark, von Newport nach London marschierte, hier ein und wurde auf dem Trafalgar-Square von einer großen Massenversammlung, die zum ersten Male nach fünf Jahren von der Arbeiterpartei und den Kommunisten gemeinsam organisiert war, begrüßt. Die Versammlung, die trotz Sturm und Regenwetter in außerordentlich lebhafter Stimmung verlief, nahm eine Resolution an, in der das englische Volk aufgefordert wurde, die Verelendung der Bergarbeiter zu bekämpfen.

Verhaftung kommunistischer Agitatoren in der Türkei.

Konstantinopel, 19. Nov. Die wichtigsten Agitatoren der kommunistischen Bewegung in der Türkei, ungefähr 20 Personen, davon die meisten Mohammedaner, sind von der Polizei verhaftet worden. Unter ihnen befindet sich ein türkischer Angestellter der Sowjetfirma Arcos. Weitere Verhaftungen und Nachforschungen sind im Gange.

Konstantinopel, 20. Nov. Auf Grund der Untersuchungen sind nunmehr 64 Kommunisten wegen ihrer Propagandatätigkeit in der Türkei verhaftet worden. 35 wurden in Konstantinopel, 22 in Adana und sieben in Smyrna in Haft genommen. Die Behörden ergreifen energische Maßnahmen gegen die Abgesandten der Roten Internationale, deren Intrigen bereits einen großen Umfang angenommen haben. Wie festgestellt wurde, sind verschiedene Angestellte der Arcos kompromittiert.

Angora, 21. Nov. Im Zusammenhang mit der Verhaftung zahlreicher Kommunisten in der Türkei verzeichnen die Konstantinopler Blätter Gerüchte von der Bildung eines kommunistischen Zentralkomitees in der Türkei, das die Propaganda in den einzelnen Bezirken organisieren soll.

Bau einer Eisenbahnlinie Haifa—Bagdad.

Jerusalem, 20. Nov. Ueber die allgemeinen Grundsätze in den Verhandlungen für den Bau einer Eisenbahn zwischen Haifa und Bagdad wurde eine Einigung erzielt. Der Bau der 600 Meilen langen Linie dürfte drei Jahre beanspruchen.

Die Industrie der Sowjetunion.

Moskau, 20. November. Im Wirtschaftsjahr 1926/27 erzeugte die Produktion der Industrie in der Sowjetunion einen Wert von über 12 Milliarden Rubel, was eine Steigerung um rund 13,2 Prozent gegenüber dem Jahre 1925/26 bedeutet. Die Zahl der in Betrieb befindlichen Unternehmungen stieg von 12 517 auf 12 854.

Die russische Außenhandelsbilanz weist 1926/27 zum ersten Male nach zwei Jahren ein Aktivum in Höhe von 15 Millionen Rubel auf. Die Ausfuhr betrug 786,6, die Einfuhr 712,7 Millionen Rubel.

Vorbereitungen für die amerikanische Präsidentschaftswahl.

Neuyork, 20. Nov. Senator Chauncey Depew sagte heute voraus, daß, obwohl eine große Anzahl von Kandidaten für die Präsidentschaftswahl von 1928 zur Verfügung stehe, die Republikanische Partei Coolidge wieder aufstellen werde.

Washington, 20. Nov. Nach den Ermittelungen, die das „National Republic Magazine" unter den Verlegern und Politikern des ganzen Landes anstellte, werden Herbert Hoover und A. E. Smith an der Spitze der Republikanischen bezw. der Demokratischen Partei 1928 die Präsidentschaftskampagne führen. Von den bei der Umfrage abgegebenen Stimmen erhielt Hoover von den Republikanern 844 Stimmen, Frank Lowden 766, Charles Hughes 333, Dawes 148, während auf demokratischer Seite Smith mit 1071 Stimmen seinem Gegenkandidaten, dem Senator Reed von Missouri, der nur 274 Stimmen bekam, weit überlegen ist. Die Probeabstimmung wurde in der Annahme vorgenommen, daß Coolidge nicht kandidieren werde.

Japan baut ein Marineluftschiff.

Tokio, 20. Nov. Der Neubau eines Marineluftschiffes, der nur von japanischen Fabriken ausgeführt werden soll, ist beschlossen worden. Das Luftschiff soll eine Länge von 82 Metern, eine Höhe von 18 Metern und eine Breite von 14 Metern erhalten und 7500 Kubikmeter Inhalt haben. Das Schiff wird mit zwei 120 PS.-Motoren ausgerüstet, wodurch es eine Maximalgeschwindigkeit von 110 Kilometern in der Stunde erreichen kann.

Zur Bevölkerungsbewegung in der deutschen Wolgarepublik.

Die Pokrowsker „Nachrichten" bringen eine Studie über die Bevölkerungsbewegung innerhalb der deutschen Wolgarepublik von 1914 bis 1927, die manches interessante Material enthält. Die letzte Volkszählung vom Dezember 1926 ist zwar noch nicht ganz verarbeitet, doch liegen die vorläufigen Zahlen vor: Von 570 822 Einwohnern der Wolgadeutschen Republik leben 59 054 in Städten und 14 129 in den Ortschaften städtischen Typs. 1897 betrug die Bevölkerungszahl im Gebiete der heutigen Republik 498 110, im Jahre 1920 dagegen 660 841. Nach aufgestellten Berechnungen, die sich aber auf keine Zählung stützen, betrug die Bevölkerungszahl zu Kriegsbeginn 649 354. Von 1897 bis 1914 wird ein Bevölkerungszuwachs von 30 Prozent oder 1,8 Prozent jährlich errechnet, ungefähr eben so viel, wie für den ganzen Rätebund in der genannten Zeitspanne. Seit dem Jahre 1914 aber geht die Entwicklung des genannten Rätebundes und diejenige der Wolgadeutschen Republik auseinander. Im Rätebund verminderte sich bis zum Jahre 1920 die Bevölkerungszahl durch Krieg, Krankheiten, Revolution und Hungersnot um 4 Prozent, in der Wolgadeutschen Republik nahm sie um 1,8 Prozent zu. Von 1920 bis 1926 vermehrte sich im Rätebund die Bevölkerung um 11 Prozent, in der Wolgadeutschen Republik zeigt sich ein ganz katastrophales Sinken um fast 14 Prozent. Daran ist die gewaltige Hungersnot von 1921 wesentlich schuld, denn vom Jahre 1923 an ist das Wachstum der Bevölkerung dann wieder übernormal stark. Bezieht man also die Bevölkerungsverminderung von 1920 bis 1926, wie es sachlich und statistisch richtig ist, nur auf die Jahre 1921 und 1922, so ergibt sich daraus, daß in diesen beiden Jahren die Abnahme der Bevölkerung weit stärker war, daß sie stellenweise bis zu 25 Prozent betragen hat. In dieser Zeit verminderte sich die Stadtbevölkerung weit weniger als die Landbevölkerung; von 1923 an, als die Bevölkerung wieder zunahm, wuchs sie in den Städten auch viel rascher als auf dem Lande.

Auf 100 Männer kamen 1926 in den Städten 112 Frauen, in den städteähnlichen Siedelungen 110, in den Dörfern 108 und im Durchschnitt der Republik ebenfalls 108. Bei den Deutschen kommen auf 100 Männer 107 Frauen, bei den Russen 113, bei den Ukrainern 106. Vom Jahre 1920 bis zum Jahre 1926 fiel der Anteil der deutschen Bevölkerung der Wolgadeutschen Republik von 67,3 auf 66,39, der Anteil der Russen fiel von 21,4 auf 20,39, der ukrainische dagegen stieg von 9,7 auf 11,99. Wahrscheinlich hat die ukrainische Bevölkerung, so wird gesagt, dem Hunger besseren Widerstand geleistet als die anderen Nationen. In den Städten ist die ukrainische Bevölkerung stark zurückgegangen, dagegen hat sich die russische dort vermehrt. Die deutsche Bevölkerung ist ungefähr auf gleicher Höhe geblieben.

Enthüllung eines Denkmals für Deroulede.

Paris, 20. November. In Paris wurde heute ein Denkmal für den Gründer der Patriotenliga, Paul Deroulede, enthüllt. Im Namen der Regierung sprach Justizminister Barthou bei der Feier.

Kleine Meldungen.

Warschau, 20. Nov. Hier ist die Meldung eingetroffen, daß der Chef des litauischen Generalstabes und eine Reihe höherer Offiziere aus politischen Gründen zurückgetreten seien.

Kowno, 20. Nov. Die litauische Regierung hat ein Gebet für die Wiedergewinnung Wilnas genehmigt.

Mailand, 20. Nov. General Beneivenga ist unter dem Verdacht einer Verschwörung gegen den Staat verhaftet worden.

Prag, 20. Nov. Der Präsident der Filiale der Nationalbank in Pilsen ist verhaftet worden. Er soll eine Million Kronen unterschlagen haben.

Zürich, 20. Nov. Hier wurde ein österreichischer Kunsthändler verklagt, der falsche Hedler-Bilder verkauft haben soll.

Duisburg, 21. Nov. In Lohausen bei Kaiserswerth brannte eine Scheune ab, in der Obdachlose übernachteten. Einer von ihnen verbrannte. Drei wurden schwer verletzt.

Der Wirtschaftsminister im oberen Erzgebirge.

Annaberg, 20. Nov. Am Freitag fand eine Fahrt des Wirtschaftsministers mit Landtagsabgeordneten und Vertretern der Landwirtschaftskammer in das obere Erzgebirge statt. Dieselbe hing zusammen mit dem Antrag des Abg. Voigt, der bezwckt, für die Förderung landwirtschaftlicher Kulturarbeiten, analog dem Vorgehen des Reiches, eine größere Summe zur Verfügung zu stellen. Die Fahrt ging zunächst in den Marienberger Bezirk, wo Trainarbeiten bei Forchheim und die Flußregulierung bei Pockau besichtigt wurden. Von dort ging es nach Wiesenbad, wo Rittergutsbesitzer Dr. Wecke namens des landwirtschaftlichen Vereins begrüßte. Nach Besichtigung der landwirtschaftlichen Einrichtungen und Trainage auf Rittergut Wiesa-Schönfeld führte die Fahrt über Geyer nach dem Wolferbacher Gelände bei Elterlein, der sogen. „Roten Pfütze". Hier hat bekanntlich eine Genossenschaft und zwar die erste dieser Art im Erzgebirge die Urbarmachung von 60 Hektar Land betrieben. Von hier aus ging es nach dem Frohnauer Hammer bei Annaberg, wo Amtshauptmann Dr. Cenus den Staatsminister und die Abgeordneten begrüßte und auf die Bedeutung und Wichtigkeit dieser Fahrt hinwies, damit dem schwerleidenden erzgebirgischen Landwirt Hilfe gebracht werde. Der Staatsminister dankte zum Schluß allen Fahrtteilnehmern und gab der Hoffnung Ausdruck, daß man nunmehr zur Förderung der betreffenden Wünsche Hand anlegen werde.